

Dunkle Wolken am Stromhorizont

12.06.2012

Auf einen Blick

Eine neue Studie gewährt fundierte Einblicke in die künftige Stromversorgung der Schweiz. Die Energiewende führt zu massiven staatlichen Eingriffen, erfordert hohe Investitionen und verteuert die Strompreise substantiell. Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit braucht es eine rasche Anpassung von Bewilligungs- und Einspracheverfahren.

Die heute vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) vorgestellte Studie «Wege in die neue Stromzukunft» zeigt drei Szenarien für die Stromzukunft der Schweiz auf. Je nach Szenario variieren die Anzahl der notwendigen Gaskombikraftwerke, der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzinfrastukturs sowie die Importquote und die staatlichen Lenkungsmaßnahmen. Unabhängig vom Szenario steht fest: Die neue Energiepolitik funktioniert selbst unter optimistischen Annahmen nur mit einschneidenden Sparmaßnahmen, staatlichen Eingriffen und massiven Mehrinvestitionen (118 bis 150 Milliarden Franken). Substanziell höhere Strompreise (30 bis 75 Prozent) und Zielkonflikte zwischen Energie- und Umweltpolitik sind vorprogrammiert.

Aus Sicht von *economiesuisse* ist die praxisorientierte Studie eine wichtige Diskussionsgrundlage für die Gestaltung der Schweizer Stromzukunft. Die Studie wirft unter anderem die Frage auf, ob die Schweiz auch in Zukunft über eine sichere, wettbewerbsfähige und klimaverträgliche Stromversorgung verfügen wird. Alle drei vorgestellten Szenarien führen zu höheren Strompreisen und mehr Eingriffen des Staates in die Energieversorgung. In zwei Fällen sind mehrere Gaskombikraftwerke vorgesehen, die heute nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien führt zudem zu Konflikten mit dem Umwelt- und Landschaftsschutz. Speziell in den bevorstehenden Jahren der Unsicherheit wegen der europäischen Schulden- und Währungskrise sind unwirtschaftliche Massnahmen im Energiebereich für die Schweizer Wirtschaft unzumutbar.

Um die negativen Folgen der neuen Energiepolitik abzuschwächen, braucht es eine rasche Vereinfachung und Beschleunigung der Einsprache- und Bewilligungsverfahren für den gleichzeitigen Ausbau der Produktions-, Speicher- und Transportkapazitäten. Da die Notwendigkeit von Gaskombikraftwerken unvermeidbar scheint, bedarf es zudem eines raschen Anschlusses der Schweiz an das EU-Emissionshandelssystem (ETS). Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Energiebereich muss ausgebaut und ein Technologieverbot verhindert werden.